Gewerkschaft
Erziehung und
Wissenschaft
Landesverband Bayern

Pressemitteilung Nr. 10 / 2016 vom 09. September 2016

Die Bildungsgewerkschaft GEW setzt sich für Bildungsgerechtigkeit und eine neue Lehrer*innenbildung ein - Zum Schulbeginn viele bildungspolitische Baustellen in Bayern

Zu Beginn des neuen Schuljahres tun sich in Bayerns zerklüftetem Schulsystem mit seinen rund 20 Schularten viele Baustellen und Fallgruben auf. Bei all den Themen ist klar: Das Bildungssystem in Bayern ist chronisch unterfinanziert. Anton Salzbrunn, Landesvorsitzender der Bildungsgewerkschaft GEW, sagte dazu heute in München: „Die Haushaltspolitiker*innen und Spitzen der CSU müssen den Bedarf für eine ausreichende Finanzierung der Bildungsaufgaben in Bayern anerkennen und im neuen Doppelhaushalt die Mittel bereitstellen." Ansonsten, so Salzbrunn, würde „die verfehlte Schul-, Integrations- und Inklusionspolitik weiterhin massiv zu Lasten der Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern in Bayern gehen." Die GEW unterstützt auch mit Blick auf die Landtagswahlen 2018 nachdrücklich die Forderung des Forums Bildungspolitik in Bayern: „Bildung muss oberste Priorität in der Landespolitik haben." Ein Wandel in der Bildungspolitik in Bayern sei dringend notwendig, so die GEW. Wichtige Ziele sind für die Gewerkschaft dabei Bildungsgerechtigkeit, eine demokratische Schule, Freude am Lernen für die Schüler*innen und gute Arbeitsbedingungen für alle Pädagog*innen.

Bei allen wichtigen Baustellen müssen wir vorankommen, so der GEW-Vorsitzende: „Es geht um Bildungsgerechtigkeit, gute Bildung für Flüchtlinge, Ganztagsschule, Inklusion, eine grundlegende Neuausrichtung der Gymnasien, den Übertritt von der Grundschule, Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung von tausenden Pädagog*innen, Lehrkräftemangel in einigen Schularten und um eine Reform der Lehrer*innenbildung."

Die Ausbildung von Lehrkräften und der aktuell große Mangel an Pädagog*innen für Mittel-, Förder- und Berufsschulen sind nicht allein von der ausreichenden Finanzierung abhängig. Die GEW-Forderung nach einer schulartunabhängigen Lehrer*innenbildung findet immer mehr Zustimmung, bei Verbänden, Parteien und Medien. Eine gemeinsame Grundbildung mit Spezialisierung nach Altersstufen und inhaltlichen Schwerpunkten ist das Gebot der Zeit.

Die GEW fordert aufgrund der zu uns gekommenen Flüchtlinge, wegen deutlich zu hohen Klassengrößen und wegen der massiven Unterrichtsausfälle die Einstellung aller erfolgreich ausgebildeten jungen Lehrer*innen auf unbefristete Stellen, solange pädagogischer Bedarf besteht. Entsprechende Weiterbildung für die Arbeit an Berufs-, Mittel- und Förderschulen, für Deutsch als Zweit- bzw. Fremdsprache und für die Alphabetisierung muss im nötigen Umfang arbeitnehmer- und qualitätsgerecht angeboten werden. Die GEW lehnt befristete Verträge als unzumutbare materielle und soziale Belastung gerade für junge Kolleg*innen ab.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft • Landesverband Bayern
Schwanthalerstr. 64 • D-80336 München • Telefon +49 89 54 40 81-0 • Fax +49 89 5 38 94 87
www.gew-bayern.de • info@gew-bayern.de

Das bayerische Bildungssystem ist hochgradig sozial selektiv. Überdeutlich wird das bereits daran, dass es in Bayern 1,2 Millionen funktionale Analphabeten gibt. Die erbärmlich niedrigen Ausgaben der Staatsregierung für Alphabetisierung müssen dringend erhöht werden. Soziale Selektion findet auch beim Übergang von der Grundschule zu Gymnasium oder Realschule statt, die bayerischen Regelungen dazu sind nach einem aktuellen Rechtsgutachten der Uni Bochum klar verfassungswidrig. Die GEW fordert, Kinder länger gemeinsam lernen zu lassen. Dadurch wird ein „Grundschulabitur“ schlicht überflüssig.

In Bayern gibt es viel zu viele Kinder und Jugendliche, die inzwischen seit einem Jahr als Flüchtlinge hier leben und noch nie eine Schule von innen gesehen haben. Es gilt die Schulpflicht und damit ein Schulbesuchsrecht. Die Staatsregierung hat hier ihre Pflichten erst noch zu erfüllen. Allein rund 25.000 junge Flüchtlinge haben nach wie vor keinen Platz in den bayerischen Berufsschulen. Die Übergangsklassen an Grund- und Mittelschulen brauchen Kontinuität und mehr Lehrkräfte, Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen, um sinnvoll an sprachlicher Bildung und Integration arbeiten zu können. Die Bildungsgewerkschaft lehnt die von der CSU in ihrem sogenannten „Integrationsgesetz“ geplante Abschaffung der Schulpflicht für geflüchtete Kinder und Jugendliche in Abschiebeeinrichtungen strikt ab. Wegen weiterer massive Verstöße gegen demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze im Gesetzentwurf lehnt die GEW im Bündnis mit über 55 weiteren Organisationen den vorgelegten Gesetzestext insgesamt ab und ruft zu einer Demonstration dagegen am 22. Oktober in München auf.

Für Rückfragen und Fragen nach weiteren Fachleuten wenden Sie sich gerne an Bernhard Baudler, Tel. 089 / 54 40 81 – 21, Mail: bernhard.baudler@gew-bayern.de

V.i.S.d.P.: Elke Hahn, Geschäftsführerin, Schwanthalerstraße 64, 80336 München, Tel.: 089 / 544081-0